Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Russlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49; sowie deren Filialen: W. 8, Leipzigerstr. 103; W. 35, Potsdamerstr. 33; C. 2, Königstr. 56/57; S. 14, Prinzenstr. 41; NW. 52, Alt-Moabit 138; N. 4, Chausseestr. 16; NO. 18, Große Frankfurterstr. 33; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspeditoeren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Mitbblatt „ULK“, die feuilles. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus Hof Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 75 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatl. 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: W. 8, Leipzigerstr. 103; W. 35, Potsdamerstr. 33; C. 2, Königstr. 56/57; S. 14, Prinzenstr. 41; NW. 52, Alt-Moabit 138; N. 4, Chausseestr. 16; NO. 18, Gr. Frankfurterstr. 33, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 133. **Berlin, Freitag, den 14. März 1902.** **XXXI. Jahrgang.**

Hierzu die Beilage „ULK“ No. 11.

Sozialpolitische Umschau.

(Im März.)

Seit einigen Monaten leben wir in einer Zeit der Arbeitslosenzählungen. Da die amtliche Statistik sich bisher auf diesem Gebiet sehr zurückhielt, haben Arbeitervereinigungen in zahlreichen Orten derartige Zählungen vorgenommen. Man beschränkte sich dabei nicht etwa nur auf die großen Städte, sondern man hat auch Mittel- und Kleinstädte mit regem, gewerblichem Leben berücksichtigt und die Ermittelungen selbst auf Vororte und Industriedörfer ausgedehnt. Solche Erhebungen von privater Seite sind immerhin mißlich. Der große amtliche Erhebungsapparat läßt sich bei derartigen Untersuchungen weder durch Geschick, noch durch Liebe zur Sache und Gewissenhaftigkeit ersetzen. Nach allem, was von jenen Erhebungen bekannt wurde, hat es bei ihnen an diesen drei Eigenschaften nicht gefehlt. Selbst die berufsmäßige Statistik muß mit Achtung von einer Erhebung sprechen, wie sie die Berliner Gewerkschaften jüngst ins Werk gesetzt haben. Aber Neues ist mit aller dieser Mühe eigentlich nicht festgestellt. In sozialpolitischen Kreisen wußte man längst, daß die Arbeitslosigkeit einen weit größeren Umfang habe, als man an verschiedenen Orten amtlich wissen wollte. Warum man über den Umfang der Arbeitslosigkeit von einzelnen Behörden ein falsches Bild erhielt, ist nicht recht verständlich. Jedenfalls ist es wenig zweckmäßig, einen vorhandenen sozialen Nothstand nicht in seiner vollen Größe anzuerkennen. Denn die Mittel zur Abhilfe der Noth müssen natürlich von dem Umfang derselben bestimmt werden.

Man hat sich vielfach bemüht, die Meinung zu erwecken, daß ein wirklicher Nothstand nicht vorhanden sei. Ja, was versteht man denn eigentlich unter Nothstand? — Ein normaler Mensch, dessen Herz nicht mit einem siebenfachen Selbstsuchtsleder überzogen ist, wird einen Nothstand nicht erst dann sehen, wenn seine Mitmenschen thatsächlich am Verhungern sind. Wir sind uns bewußt, unsere sozialen Zustände mit kaltem Blut zu betrachten, aber ein Blick in das Elend mancher seit Monaten still leidender Arbeiterfamilien lehrt, daß hier, wir wollen das böse Wort Hunger nicht aussprechen, die nothgedrungene starke Unterernährung die Regel ist. Wer nur einigermaßen sich um soziale Dinge kümmert, der kann die Schlußfolgerung selbst ziehen, wenn er weiß, daß der Ernährer einer kinderreichen Arbeiterfamilie seit Monaten ohne Beschäftigung ist. Und in dieser furchtbaren Lage sind heute viele Tausende braver und tüchtiger Volksgenossen; nicht „Bummler und Drückeberger“, sondern arbeitswillige, ehrenwerthe Männer, die für ein gesundes Staatswesen genau so nothwendig sind wie Beamte, Gelehrte, Bauern und Rittergutsbesitzer.

Es verdient sicher Anerkennung, daß viele Behörden sich durch die Redensarten von nicht vorhandenem Nothstand nicht beeinflussen lassen, sondern die Ausführung von Nothstandsarbeiten angeordnet haben. Bekanntlich haben in dieser Hinsicht sowohl staatliche wie städtische Behörden zweckentsprechende und auch umfangreiche Maßregeln getroffen. Aber auch unter dem Drucke der sozialen Noth scheint der Gang der Verwaltungsmaschine ein schwerfälliger zu bleiben. Zu diesem Urtheil berechtigt eine Verfügung, die der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten an die Provinzbehörden erlassen hat. Der Minister sagt darin, um dem gegenwärtig auf dem wirthschaftlichen Leben lastenden Druck nach Kräften entgegen zu wirken, habe er die Eisenbahnverwaltungen veranlaßt, die Bauthätigkeit thunlichst zu erhöhen. Trotz der dazu bereitgestellten Mittel werde jedoch der Baubeginn hinausgeschoben, da man die landespolizeiliche Prüfung und das Enteignungsverfahren nicht zeitiger zum Abschluß bringen könne. Der Minister müsse ersuchen, mit allen Mitteln dahin wirken zu wollen, daß er durch schnelle Abwickelung derartiger Verhandlungen in seinem Bestreben unterstützt werde.

Die preußische Regierung beschäftigt sich auch seit einiger Zeit mit den Vorarbeiten für eine Abänderung der Armengesetzgebung des Reiches. Den Anlaß dazu sollen die vielen Klagen über die ständig wachsenden Armenlasten der Landgemeinden gegeben haben. Die vorbereitete Aenderung soll daher die Städte und namentlich die Industriemittelpunkte stärker als bisher zu den Armenlasten heranziehen und das platte Land mehr von ihnen befreien. Auf welchem Wege man dieses erreichen will, ist noch nicht bekannt geworden, doch man sagt, daß eine Beschränkung der Freizügigkeit nicht beabsichtigt sei. Wann die Sache den Reichstag beschäftigen wird, ist noch gänzlich unbestimmt. Jedenfalls wird sich vorher erst das Schicksal unserer zukünftigen Zollpolitik entscheiden, wird sich entscheiden, ob wir bei dem Druck einer für Handel, Industrie und Gewerbe verhängnißvoll wirkenden Absperrungspolitik auch noch unter hohen Brod- und Fleischpreisen werden zu leiden haben. Die letzteren sind schon jetzt für den armen Mann fast nicht zu bezahlen. Das Schweinefleisch ist seit einer Reihe von Jahren nicht so theuer gewesen als in dieser Zeit des geringen Verdienstes. Ein Mensch, dessen Geist die moderne Staatskunst nicht begreift, würde nun vielleicht in unseren Tagen der Noth die Grenzen weit öffnen, um so viel Fleisch und Brod wie möglich herein zu lassen. In früheren Zeiten trieb man thatsächlich eine derartige Nothstandspolitik. Aber damals hatte man auch keine Rücksichten zu nehmen auf — Seuchen. Man war, wo es sich um die Volksernährung handelte, etwas weniger sanitätsrücksichtlich veranlagt als heute, wo man, in bester Absicht natürlich, die Grenzen so viel wie möglich schließt. So ist denn in Deutschland schon seit geraumer Zeit ein starker Mangel an den namentlich das Fleisch des armen Mannes liefernden Borstenthieren vorhanden, und wenn man weiß, daß allein im Januar in 49 deutschen Schlachthöfen 55,000 Schweine weniger als im gleichen Monat des Vorjahres geschlachtet sind, so beweist man, daß dieser Mangel auch die Fleischpreise zu der von uns erwähnten Höhe emportreiben muß.

Wenn der politische Wind nicht stark umschlägt, so fürchten wir, daß gerade für die Aermsten Zeiten kommen werden, in denen sie sich noch mehr einschränken und bescheiden müssen. Wenn man an der Nahrung nicht mehr sparen kann, dann wird man es mit der Wohnung versuchen. Natürlich, ein Obdach muß jeder Mensch haben, das verlangt schon die Polizei; aber die Noth der Zeit wird dazu drängen, aus der Familienwohnung noch mehr als bisher Kapital zu schlagen. Das System des Abvermiethens findet durch schlechte Erwerbsverhältnisse und theure Nahrungsmittelpreise eine erhebliche Förderung. Auch das ist natürlich nicht zu wünschen, denn die Entwickelung dieses Systems ist schon gegenwärtig in Deutschland eine durchaus ungesunde. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 lebten in den 11,808,012 ermittelten deutschen gewöhnlichen Haushaltungen 4,450,043 Familienfremde, wie Schlafgänger, Aftermiether, Pensionäre und so weiter; in einer Stadt wie Dresden gab es in den gewöhnlichen Haushaltungen etwa 32,000 derartige Familienfremde. Bei der wichtigen Würdigung dieser Ziffern rollt sich das ganze Elend, namentlich der großstädtischen Wohnungsverhältnisse, auf.

Bei den preußischen Centralbehörden soll seit einiger Zeit erörtert werden, die Frage der Wohnungsnoth und hohen Miethspreise für kleine Wohnungen durch Errichtung öffentlicher Taxämter zu regeln. Wir sehen nicht recht, wie man das anfangen will. Derartige Aemter werden keinen Hausbesitzer verhindern können, für seine Wohnungen so viel zu verlangen, wie er bekommen kann, und eine öffentliche Taxe wird auch keinen Miether verhindern, bei dem Mangel an kleinen Wohnungen für eine solche mehr zu bezahlen, als sie bei gesunden Wohnungsverhältnissen werth ist. Nur keine Wohnungspolitik, die theoretisch „regeln“ will und nichts Positives schafft! Die beste „Regelung“ bleibt doch immer die Errichtung neuer zweckmäßiger Wohnhäuser, wie das jetzt wieder für kleine Beamte und vom Staat beschäftigte Arbeiter in Preußen angestrebt wird, wo das Abgeordnetenhaus vor einigen Tagen glatt 12 Millionen Mark zu diesem Zwecke bewilligte.

Wohnungsnoth und Alkoholismus hängen bekanntlich eng zusammen. Die schlechte Wohnung treibt den „kleinen Mann“, den Arbeiter in die Kneipe. Mit Recht hat daher jede Bewegung gegen Trunksucht und Wirthshausleben auch die Lösung der Wohnungsfrage, ebenso wie die Möglichkeit einer gesunden und wohlfeilen Volksernährung ins Auge zu fassen. Das englische Parlament wird sich nächstens mit einer Vorlage beschäftigen, die schwere Betrunkenheit an sich schon als Vergehen bestraft. Der Gewohnheitstrinker kann in ein Trinkerasyl gebracht werden. Handelt er in der Betrunkenheit gegen die Gesetze, so wird ihm bei Strafe verboten, in den nächsten drei Jahren alkoholische Getränke zu kaufen. Sein Name wird den Alkoholverkäufern mitgetheilt, die in Strafe verfallen, wenn sie ihm derartige Getränke reichen. Diese Bestimmungen sind sicher gut gemeint. Aber Polizeimaßregeln allein, so nothwendig sie auch auf dem Gebiete der Trunksucht sein mögen, werden diese selbst natürlich nicht tödten und vielleicht nicht einmal wesentlich beschränken.

---

* In der gestrigen, vor den Osterferien letzten Sitzung der **Zolltarifkommission** gab der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen, wie aus dem Bericht in der Parlamentsausgabe ersichtlich ist, unter anderem die Erklärung ab, daß die Regierung fest entschlossen sei, einen Handelsvertrag mit Italien zu Stande zu bringen. Offenbar war es diese Ankündigung, die die Agrarier so in Harnisch brachte, daß sie dem Staatssekretär allerhand Sottisen sagten. Wie wenig den Schutzzöllnern an Handelsverträgen gelegen ist, erhellt aus der Thatsache, daß sie trotz der dringenden Warnungen des Staatssekretärs Gemüsezölle beschlossen, die nach der festen Versicherung des Herrn v. Richthofen jeden Handelsvertrag mit Italien unmöglich machen.

---

* Sieben geschlagene Stunden war der **Reichstag** gestern zusammen, um den Reichsetat endlich unter Dach und Fach zu bringen. Beim Etat des Reichsjustizamtes begann der Pole v. Dziembowski-Pomian ein großes Klagelied über die Standesbeamten, die sich weigern, polonisirte Familiennamen in die Standesamtsregister eintragen — oder dabei die mancherlei polnischen Lautzeichen, die die Aussprache einzelner Buchstaben vollständig umnodeln, säuberlich nachzuahmen. Die Regierung hüllte sich in Schweigen. Herr Liebermann v. Sonnenberg langweilte das Haus mit einem Gefasel über das liebliche Thema vom Ritualmord; da der Herr Abgeordneter ist unbeugen den Landrath des Plesser Kreises, der gegen das Märchen vom Ritualmord aufgetreten ist, in höchst unhonoriger Weise zu Felde zog, hätte es wohl nicht geschadet, wenn ein Regierungsvertreter, obwohl man sich im Reichstage befand, sich herbeigelassen hätte, den Landrath gegen die Albernheiten des Ahlwardt-Genossen vor dem Lande zu vertreten. Aber die Herren auf der Ministerbank schwiegen, und das Haus ging nach debatteloser Erledigung des Etats des Reichsschatzamtes zum Etat des Reichseisenbahnamtes über. Da gab es denn eine längere Debatte über die deutschen Eisenbahnverhältnisse, in der auch der preußisch-sächsische Eisenbahnkrieg eine Rolle spielte. Beim Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung kam noch einmal die Frage der Vermehrung der Postassistentenstellen zur Besprechung. Staatssekretär Kraetke theilte mit, daß die Regierung auf eine Vermehrung der Stellen, wie sie von der Kommission und dem Reichstage empfohlen worden war, nicht eingehen könne, er versprach aber möglichste Beschleunigung der Anstellung der Assistenten. Staatssekretär v. Thielmann erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, im nächsten Etatsjahre die Assistentenstellen so zu vermehren, daß eine Ermäßigung der Diätarzeit auf fünf Jahre erreicht wird. Das Haus zeigte sich mit dieser Haltung der Regierung wenig einverstanden, irgend ein Beschluß wurde aber nicht gefaßt. Nachdem dann weiter noch über das Abkommen der Reichspost mit Württemberg debattirt war, begann ein kleiner Strauß der Polen gegen die Postverwaltung. Staatssekretär Kraetke hatte mit den Herren leichtes Spiel. Zum Schluß gab's noch eine Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Sattler und den Polen, dann wurde der Postetat genehmigt und schließlich auch das Etatsgesetz in dritter Lesung verabschiedet. Die Centrumsresolution gegen das Duell wurde — anscheinend versehentlich — abgelehnt, dann ging das Haus in die Osterferien. Am 15. April findet die nächste Sitzung statt.

---

* **Aus dem Abgeordnetenhause.** Die Verfassungsfrage bezüglich der Fertigstellung des Etats vor dem 1. April wird dermaßen drängend, daß das Abgeordnetenhaus auf einen Nothausgang in dieser Angelegenheit bedacht sein muß. Herrn Ehlers von der freisinnigen Vereinigung gebührt die Anerkennung, einen Kompromißantrag in diesem Sinne zu Stande gebracht zu haben, so daß für die Zwischenzeit bis zur endgiltigen Fertigstellung des Staatshaushalts die nothwendigen Ausgaben geleistet werden dürfen, in der sicheren Erwartung, daß alsdann nachträglich vom Abgeordnetenhause Indemnität ertheilt würde. Herr Ehlers begründete seinen Antrag mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit der Fortsetzung begonnener und der unverzüglichen Einleitung neu bewilligter Staatsbauten, um auf solche Weise der Arbeitslosigkeit zu steuern. Finanzminister v. Rheinbaben dankte Namens der Staatsregierung dem Vorredner für die Einbringung des genannten Antrages, dabei bedauerte er es ungemein, daß der Staatshaushalt nicht rechtzeitig verabschiedet werden konnte. Der Finanzminister nahm eine korrekt konstitutionelle Stellung zu dieser Frage ein. Eine weitere Debatte wurde nicht beliebt, und so wurde denn der Antrag an die Budgetkommission verwiesen.

Hierauf wurde die Berathung des Etats für die Unterrichtsverwaltung bei dem Kapitel „Höhere Schulen“ fortgesetzt. Herr Wetekamp von der freisinnigen Vereinigung rühmte die Einführung der Gleichberechtigung der drei Gruppen von höheren Unterrichtsanstalten als einen großen Fortschritt. Nur verlangte er einen erweiterten Anschauungs- und Zeichenunterricht sowie die Einbeziehung der Biologie in den Lehrstoff. In diese letztere Forderung stimmt er denn auch der nationalliberale Abgeordnete Friedberg ein. Hatte bis dahin die Debatte ein ganz modernes Gepräge beibehalten, so erhielt sie durch das Eintreten des bekannten Centrumsmannes Roeren ein wesentlich anderes Aussehen. Dieser Volksvertreter pfiff aus einem ganz anderen Rohre. Ungestüm forderte er die formelle Aufhebung der Falkschen Erlasse bezüglich der Stellung der Geistlichen zum Religionsunterricht. Von dieser Frage, so lautete Herrn Roerens bündiges Urtheil, verstände überhaupt ein evangelischer Kultusminister nicht das Mindeste. Kultusminister Studt gab zu, daß das bloße Bestehen dieser Erlasse die Gefühle katholischer Eltern verletzen könne, und er sei bereit, sie aufzuheben, falls es sich darum handelt, diese Gefühle zu schonen. Ueber diese heikele Frage, betreffend die Stellung des katholischen Geistlichen zum Religionsunterricht, entspann sich dann noch ein hitziges Vorgefecht zwischen Herrn Dasbach vom Centrum und Herrn Daub von den Nationalliberalen, der wenigstens den Staatsbeamtencharakter des Religionslehrers vor dem ungestüm drauflosstürmenden Kaplan einigermaßen zu schützen bestrebt war. Ob das gelingen wird? Ein wichtiger Moment der gestrigen Etatsberathung lag in der Erklärung des Kultusministers, daß die einheitliche Regelung der deutschen Rechtschreibung für das gesammte geschlossene deutsche Sprachgebiet,